



Trump laviert, Putin taktiert

Von Ulrike Simon | 31.10.2025

Donald Trump will den Krieg beenden, Putin und Selenskij ziehen nicht mit, die EU ist ferner liefen. Wer hat die besten Karten im Machtpoker?

Wie die *Financial Times* berichtete, verlief das jüngste Zusammentreffen zwischen Wolodymyr Selenskij und Donald Trump alles andere als harmonisch. Der amerikanische Präsident soll dem ukrainischen Staatschef erklärt haben, er verliere den Krieg und die russische Wirtschaft laufe gut. Deswegen müsse er schnell einen Deal mit Moskau abschließen, der auch Gebietsabtretungen beinhalte. Andernfalls drohe der Ukraine die Zerstörung. Die erhofften Tomahawks sollen vorerst nicht an die Ukraine geliefert werden.

Die Welt war erstaunt: Wie war diese 180-Grad-Wende zum „Putinverstehler“ zu erklären? Lag es an seinen jüngsten Telefongesprächen mit dem von ihm hochgeschätzten ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orban und Wladimir

Putin mit der Aussicht auf ein weiteres Gipfeltreffen? Aus dem Trump-Umfeld war zu hören, die Drohung mit der Lieferung von Tomahawk-Raketen an die Ukraine habe Putin zum Anruf bei Trump und zum Einlenken gezwungen. Trumps *peace-through-strength* Strategie sei somit aufgegangen.

Dann der Rückzug: Das Weiße Haus ließ wissen, es finde vorerst kein Gipfel statt. Trump äußerte sich sehr enttäuscht über Wladimir, mit dem er gute Gespräche habe, der aber keine Ergebnisse liefere. Vielmehr setze er seine schweren Angriffe auf die Ukraine fort und verweigere einen sofortigen Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinie. Nach dem Alaska-Treffen hatte Trump noch schriftlich geäußert, dass ein sofortiger Waffenstillstand nicht sinnvoll sei, vielmehr gelte es, zunächst zu verhandeln.^[1] Nun verhängte er wegen der russischen Ablehnung Sanktionen gegen die Ölgiganten Rosneft and Lukoil, parallel zum neunzehnten Sanktionspaket der Europäer, das unter anderem ein Exportverbot von Bidets nach Russland vorsieht.

Ist Trump also zurückgekehrt zur Haltung der Neocons, die es auch in der Trump Administration nach wie vor gibt – so zum Beispiel [Außenminister Marco Rubio](#) oder General Kellog? Die Ukraine habe, so heißt es aus diesem Lager, immer noch gute Chancen, den Krieg zu gewinnen, vorausgesetzt „man“ versorge sie mit genügend Waffen. Russland könne nicht mehr lange durchhalten, zu groß seien die Verluste an Menschen und Material, zu klein im Vergleich dazu die territorialen Gewinne, zu schwach die Wirtschaft. So schreibt etwa der US-amerikanische Analyst [Kamran Bokhari](#):

„Nach fast vier Jahren Kampf unterstreichen die Misserfolge Moskaus den Verfall seiner konventionellen Macht und die Grenzen seiner Mobilisierungsfähigkeit. Russland wird Jahre brauchen, um seine wirtschaftliche Basis wieder aufzubauen, sein Arsenal aufzufüllen und seine Einsatzbereitschaft wiederherzustellen, was seine Fähigkeit, Europa kurzfristig zu bedrohen, einschränkt.“

Das entspricht auch der in Europa vorherrschenden Auffassung. Dementsprechend wurde Trumps Tomahawk-Entscheidung als Zeichen mangelnder Entschlossenheit und Schwäche heftig kritisiert. Der Druck auf Putin werde dadurch vermindert und damit auch die Erfolgsaussichten, ihn an den Verhandlungstisch und zur Akzeptanz eines sofortigen Waffenstillstands zu zwingen.

Angesichts des Trumpschen Rückzugs – nach wie vor besteht Trump darauf, dass die Europäer die Haupt-Unterstützungslast tragen – rieten informierte europäische Kreise, sich mit der fehlenden US-Unterstützung abzufinden, wie die *Financial Times* in einem Folgeartikel berichtet. Von nun an sei Europa bei der Erfüllung der moralischen Verpflichtung, die Ukraine gegen die russische Aggression zu beschützen, auf sich alleine gestellt. Es gelte, den EU-Beitritt der Ukraine zu beschleunigen. Zudem müssten endgültig die eingefrorenen russischen Vermögenswerte in der Höhe von rund 140 Milliarden Euro, die beim belgischen Finanzdienstleister Euroclear liegen, für Waffenkäufe zur Verfügung gestellt werden. Diese Initiative scheiterte vorerst am Widerstand Belgiens.

Wie es mit der Finanzierung der Ukraine-Hilfe weitergeht, bleibt somit unklar. Der europäische Haushalt ist bald erschöpft, die Ukraine bankrott. Es fehlt der Zugang zu anderen externen Kapitalquellen als denen, die von den Unterstützer-Ländern bereitgestellt werden. Basierend auf den neuesten Haushaltsschätzungen der Ukraine für das Haushaltsjahr 2026 benötigt diese Finanzhilfen von mindestens 50 Milliarden Dollar pro Jahr.

Gleichzeitig häufen sich die Berichte über die [schlechte militärische Lage](#) der Ukraine. Die Front bröckelt an mehreren Stellen. Das ukrainische Stromnetz ist aufgrund der russischen Luftangriffe und fehlenden Luftabwehr schwer beschädigt, die Strom- und Wärmeversorgung der Bevölkerung für diesen Winter gefährdet.

Die Sache mit dem Waffenstillstand

In dieser Situation wäre ein sofortiger Waffenstillstand, das Einfrieren des Konflikts an der aktuellen Frontlinie, im vordersten Interesse der Ukraine. Die Truppen bekämen eine Verschnaufpause, die leeren Waffenarsenale könnten gefüllt werden. Weder die Ukraine noch deren Verbündete müssten Zugeständnisse an Russland machen und könnten an den erklärten Zielen festhalten: Wiederherstellung der Ukraine in den Grenzen von 1991 einschließlich der Krim, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine (etwa hinsichtlich der Rechte der russisch-sprachigen Bevölkerung), Beitritt des Landes zur NATO und der EU, keine Einschränkung der ukrainischen Verteidigungssysteme und Stationierung europäischer Truppen auf ukrainischem Gebiet als Sicherheitsgarantie. Das allgemeine westliche Ziel, Russland eine strategische Niederlage zu bereiten, wäre zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

Notwendig ist diese Haltung aus europäischer Sicht aus moralischen und strategischen Gründen: Russland darf aus seinem völkerrechtswidrigen Verhalten keine Vorteile ziehen. Bietet man Putin keinen Einhalt, wird er die Eroberung weiterer europäischer Gebiete in Angriff nehmen. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg betonte, der Dialog müsse aus einer Position der Stärke heraus geführt werden. Ansonsten sei kein Frieden erreichbar, mit dem die Ukraine ein freies Land bleibe: „Wenn Putin versteht, dass er auf dem Schlachtfeld nicht gewinnen kann, wird er sich hinsetzen und verhandeln.“

Wenn es stimmt, dass „Putin nicht auf dem Schlachtfeld gewinnen kann“, wäre ein sofortiger Waffenstillstand selbstverständlich auch im russischen Interesse. Aber trifft diese Annahme zu?

Dass mehr westliche Entschlossenheit und Geld die Situation der Ukraine verbessern können, bezweifeln auch westliche Beobachter. Die Waffenlieferungen in die Ukraine haben in letzter Zeit stark nachgelassen. Der Grund: erschöpfte Waffenarsenale. Auch die amerikanischen Tomahawks sind knapp. So argumentierte Trump gegen die Lieferungen, weil man die vorhandenen Geschosse selbst benötige. Tatsächlich wären diese keineswegs der erhoffte *Game Changer* im Krieg. Dafür stehen viel zu wenig Tomahawk-Raketen zur Verfügung, die – wie auch alle anderen von der Ukraine benötigten Waffen – nicht in kurzer Zeit nachproduziert werden können. Zudem müssten vor ihrem Einsatz noch viele Probleme gelöst werden, etwa fehlende Abschussrampen für die momentan seegestützten Systeme.

Moskau könnte Trumps vorläufigen Rückzieher als Sieg auslegen: Putin habe Trump klargemacht, dass Russland die Stationierung von auf Moskau gerichteten strategischen Raketen auf keinen Fall dulden könne. Das russische Bestreben, den NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern, sollte gerade solche Stationierungen unterbinden, die aus russischer Sicht eine existentielle Bedrohung darstellen. Putin droht mit einer gefährlichen Eskalation, mit russischen Vergeltungsschlägen auf amerikanische Stützpunkte außerhalb der Ukraine, mindestens jedoch mit dem sofortigen Ende des Annäherungsprozesses zwischen den beiden Staaten.

Feldmarschall Lord Richards, ehemaliger Chef der britischen Streitkräfte und ranghöchster Befehlshaber, glaubt, dass die Ukraine aufgrund fehlender personeller Ressourcen keine Hoffnung auf einen Sieg hat – auch nicht mit allen

anderen Ressourcen, die die Alliierten zur Verfügung stellen können.^[2] Nur die direkte Kriegsbeteiligung der NATO könne das ändern, was aber werde nicht geschehen werde, „da die Ukraine für uns keine existenzielle Frage ist“.

Ähnlich drastisch sieht das der ehemalige britische Diplomat [Ian Proud](#)^[3]: Russland stehe nicht vor denselben erheblichen sozialen und finanziellen Herausforderungen wie die Ukraine, die zwangsweise Männer über 25 Jahre mobilisiert und – glaubt man Proud – bereits etwa 40 Prozent der arbeitenden Bevölkerung verloren hat. Russland hingegen könne angesichts der weitaus größeren Bevölkerungszahl genügend neue Soldaten für den Kampf rekrutieren und habe seit 2022 die Größe der Armee sogar erhöht. Die Finanzlage Russlands hält Proud für gut, mit rund 15 Prozent des BIP weise das Land eine sehr geringe Staatsverschuldung auf und habe „weiterhin einen gesunden Leistungsbilanzüberschuss“.

Trotz der in Europa eingefrorenen Vermögenswerte verfüge Russland nach wie vor über großzügige und wachsende Devisenreserven in Höhe von mehr als 700 Milliarden US-Dollar. Zudem hält Proud den militärischen Industriekomplex Russlands, was militärische Ausrüstung und Munition betrifft, weiterhin leistungsfähiger als westliche Anbieter. Im derzeit unwahrscheinlichen Fall, dass Russland in ein Handelsbilanzdefizit rutschen sollte – was Kommentatoren im Westen als Zerstörung der russischen Kriegswirtschaft bezeichnen –, hätte es angesichts seiner starken Verbindungen zu den BRICS-Staaten immer noch beträchtlichen Spielraum für Kredite von nicht-westlichen Kreditgebern.

Und tatsächlich gibt es bisher noch keine Anzeichen, dass Moskau von seinen grundsätzlichen Zielen abweicht: Neutralität der Ukraine, Sicherung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung inklusive der russisch-orthodoxen Kirche, Entmilitarisierung, Sicherheitsgarantien für die Ukraine im Rahmen einer europäischen Friedensordnung und „Entnazifizierung“ (Entmachtung der rechtsextremen, nationalistischen Kräfte in der Ukraine^[4]).

Während bei den Minsk-Vereinbarungen 2014 nur ein hohes Maß an Autonomie für die ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson vereinbart wurde, und Russland lediglich die Krim beanspruchte, wurden diese Oblaste 2022 nach international nicht als rechtmäßig anerkannten Volksabstimmungen von der Russischen Föderation annektiert – einschließlich der noch von der Ukraine kontrollierten Gebietsteile. Die meisten Staaten beurteilen das als völkerrechtswidrigen Akt. Putin jedoch will dessen ungeachtet

all diese Ziele durchsetzen – sei es auf militärischem oder diplomatischem Weg. Ein Waffenstillstand ist für ihn nur nach erheblichen Konzessionen der Ukraine akzeptabel.

Trumps Rückzieher stieß in Moskau auf wenig Verständnis und soll als Beweis dienen, wie nutzlos Verhandlungen mit dem Westen seien. Innenpolitisch steht der russische Präsident unter erheblichen Druck, nicht als zu nachgiebig zu wirken. Nach drei Kriegsjahren liegt seine Popularität zwar immer noch bei 80 Prozent. In letzter Zeit häufen sich jedoch innerrussische Äußerungen, man solle Verhandlungen aufgeben und sich auf einen baldigen und vollständigen militärischen Sieg konzentrieren.

Auch Selenskij kann sich selbst in Gefahr einer vollständigen Niederlage nicht zu Zugeständnissen bereit erklären. Zu stark ist der rechte, ultra-nationalistische Sektor, zu bitter waren die bisherigen Opfer. Und zu groß ist die Gefahr für den Verlust seiner Macht, wenn nicht sogar für Leib und Leben.

Für Trump wiederum wäre ein beschlossener Waffenstillstand die Chance, nicht als der amerikanische Präsident dazustehen, der den Ukraine-Krieg verloren hat. Dies auch, wenn das nur mit erheblichen Konzessionen der Ukraine möglich wäre. Unter dem Einfluss und Druck der Europäer und Hardlinern in der eigenen Administration scheint er jedoch immer noch auf einen anderen Ausweg zu hoffen, der es ihm erspart, Härte gegenüber den eigenen Verbündeten zu zeigen. Trump will Ruhe in Europa, um sich anderen Schwerpunkten widmen zu können: Nahost, China, Venezuela.

An einer europäischen Friedensordnung samt Aussöhnung mit Russland dürfte er dennoch wenig Interesse haben, würde das doch das große strategische Ziel der alleinigen Weltmachtstellung gefährden. Ein besseres Verhältnis zwischen Russland und den USA, vielleicht sogar Verhandlungen über das bald ablaufende SALT- Abkommen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung, könnte aber durchaus im Bereich des Möglichen liegen.

Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, wer sich in diesem Machtpoker verkalkuliert hat. Für den Ex-Diplomaten Proud sind die Europäer bereits die großen Verlierer:

„Gefangen zwischen der Hoffnung auf eine strategische Niederlage Russlands [...] und der Akzeptanz des Scheiterns ihrer Politik, was zu

einem weitreichenden Machtverlust und enormen wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen führen würde, entscheiden sich die europäischen Staats- und Regierungschefs dafür, Ruhe zu bewahren und weiterzumachen wie bisher. Wenn sie vernünftig wären, würden von der Leyen, Merz, Starmer oder Macron ihren Kurs ändern und ihre Hoffnungen darauf setzen, ihr Scheitern zu erklären, bevor die politische Strömung in Europa sie alle aus der Macht vertreibt. Aber ich sehe keine Anzeichen dafür, dass sie über das politische Gespür verfügen, dies zu tun. Also werden wir weiterhin abwarten, während sich die Sturmwolken über Europa immer weiter verdichten.“

[1] Im [Interview mit ungarischen Journalisten](#) erläutert der russische Außenminister Sergei Lawrow ausführlich die Sicht Moskaus: die Entwicklung bis zum Gipfeltreffen in Alaska und danach bis hin zum gescheiterten Gipfel in Budapest, die Ursachen des Ukraine-Konfliktes und Bedingungen, diesen zu beenden. Demnach habe Trump einen Deal vorgeschlagen, dem Putin in Alaska zustimmte. Nach Alaska habe Trump dann einen Rückzieher von seinem eigenen Vorschlag gemacht.

[2] Interessant dazu [Söders Äußerung](#) anlässlich der Lockerung der Ausreisebestimmungen für 18-22jährige junge Männer aus der Ukraine: Wir müssen den sprunghaft ansteigenden Zuzug junger Männer aus der Ukraine steuern und deutlich reduzieren“, sagte Söder der „Bild“-Zeitung vom Freitag. „Deshalb müssen die EU und Berlin auf die Ukraine einwirken, dass die gelockerten Ausreisebestimmungen wieder geändert werden.“ „Es braucht auch ukrainische Soldaten, die ihr eigenes Land verteidigen“.

[3] Ian Proud war von 1999 bis 2023 Mitglied des diplomatischen Dienstes Seiner Majestät. Von Juli 2014 bis Februar 2019 war er leitender Beamter an der britischen Botschaft in Moskau, zu einer Zeit, als die Beziehungen zwischen Großbritannien und Russland besonders angespannt waren. Er hatte in Moskau verschiedene Funktionen inne, darunter die des Kanzleichefs, des Wirtschaftsberaters – zuständig für die Beratung britischer Minister in Fragen wirtschaftlicher Sanktionen –, des Vorsitzenden des Krisenausschusses, des Direktors der Diplomatischen Akademie für Osteuropa und Zentralasien und des stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der Anglo-American School.

[4] Der politische Einfluss dieser Gruppen und deren neo-nazistisches Gedankengut gilt oft als russische Propaganda; vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine gab es

darüber in der westlichen Presse viele Berichte, z.B. [hier](#). [Hier eine ausführliche aktuelle Analyse](#) des amerikanischen Russland-Experten Gordon M. Hahn.